

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. G. Alee.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 19. März 1889.

N^o. 22.

† Die Welf' — die Hohenzollern!

Im Namen der „wahren“ Freunde, der „besten“ Freunde Preußens wurde kürzlich in einem neubegründeten, angeblich conservativen Zwecken dienenden Berliner Blatte „Das Volk“ eine Lanze für das Welfenthum gebrochen! Das Blatt findet es unrecht, daß dem Herzog Ernst August (Herzog von Cumberland) der Thron von Braunschweig vorenthalten wird; es meint, daß für die Beseitigung der Erbrechte des Herzogs kein Rechtsboden vorhanden sei, und beruft sich auf die „wahren“ und „besten“ Freunde Preußens, welche eine ganz andere Regelung der braunschweigischen Frage gewünscht haben und noch wünschen und, wie dies z. B. die Evangelische Monatschrift seiner Zeit gerathen habe, die Beseitigung des Herzogs nicht billigen. Durch die Einsetzung des Herzogs in Braunschweig könne die Bevölkerung Hannovers gewonnen werden, während man bisher, z. B. durch „Begünstigung der dem Volke verhassten Nationalliberalen“, Alles gethan habe, sie abzustößen. Das Blatt sieht hierin „politische Mißgriffe“ und konstatiert eine wachsende Abneigung der (hannoverschen) Bevölkerung gegen die neuen Verhältnisse.

Wäre letzteres wirklich richtig, so würde hieraus für den König von Preußen noch lange keine Verpflichtung erwachsen, unter Preisgebung der Interessen des Gesamtstaates und des deutschen Reichs den Stimmungen in Hannover Rechnung zu tragen. In der großen Politik sind Stimmungen allein kein Factor, der als maßgebende Richtschnur dienen könnte; sie werden stets und ganz besonders in diesem Falle durch andere Stimmungen mehr als wett gemacht; jede Neuerung begegnet in vielen Kreisen einer Abneigung, und Preußen wäre niemals das geworden, was es heute ist, wenn seine Könige sich in ihren Handlungen hierdurch jemals hätten beeinflussen lassen.

Aber die Behauptung von der wachsenden Abneigung der Hannoveraner ist thatsächlich unrichtig; sie entspringt nur dem Parteigöwisismus, welcher sich zu einem blinden Haß gegen die gerade in Hannover immer zahlreicher werdenden Nationalliberalen entwickelt hat. Wenn wirklich die Hannoveraner unzufriedener geworden sein oder werden sollten, so würde dies nur die Folge jener Vor Spiegelungen unberufener Politiker sein, welche neuerdings auch nur den Gedanken einer Möglichkeit der Wiedererrichtung des Welfenthrones erörtern.

Abgesehen hiervon, verräth es geradezu eine Zuchtlosigkeit des politischen Denkens, eine Entartung des nationalen Gewissens, wenn ein Preuße sich zum Vorkämpfer welfischer Interessen macht und die Wiedererrichtung des Welfenthrones verlangt. Die Berufung auf den Rechtsboden und das Erbrecht ist in diesem Falle nichts anderes als eine gedankenlose Koketterie mit conservativen und monarchischen Grundätzen, hinter der sich der Pferdefuß anti-nationaler und einseitiger Parteiinteressen verbirgt. Denn es fehlt dem Herzog von Cumberland gegenüber jede Voraussetzung für die Anerkennung seines Erbrechts, da er — wie es in dem Bundesrathsbeschluß vom 2. Juli 1885 heißt — „sich in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstrebenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet.“ Mit anderen Worten, er befindet sich im Kriegszustande mit Preußen. Er hat seine Krone in Folge der Politik seines Vaters durch Kriegsrecht erworben, und er hat bisher seinen Frieden mit Preußen noch nicht abgeschlossen. Aus diesem Grunde mußte und muß ihm Braunschweig vorenthalten werden, jetzt und für alle Zeit!

Welcher wirklich wahre, welcher gute Freund Preußens könnte sich aber wohl unterfangen, unserer Regierung den Rath zu ertheilen, sich mit dem Welfenthum zu versöhnen und in dem Herzen Deutschlands, an der Grenze unseres Staates den Vertreter eines

Systems sich installieren zu lassen, dessen unheilvolle Wirkungen für die deutsche Nation eine vielhundertjährige Geschichte zur Genüge offenbart hat?

Der Rath jenes Blattes mag den hannoverschen Welfen und ausländischen Politikern aus dem Herzen gesprochen sein. Für Preußen-Deutschland aber bedeutet er nichts anderes, als eine Schlange an seinem Busen groß zu ziehen und Bresche zu legen in das große stolze nationale Gebäude, welches in Eintracht mit allen deutschen Fürsten unter dem Schutze der Hohenzollern errichtet ist. Man blättere nur die Bücher der Geschichte durch: die Welfen haben keine größere Aufgabe gekannt, als Kaiser und Reich zu bekämpfen, die Hohenzollern haben nach langen Mühen das Werk der Zerstörung beseitigt und Kaiser und Reich, das Ideal aller Deutschen, wieder verwirklicht!

Mit Empörung muß jeder wahre Freund Preußens, insbesondere jeder Conservative, diese angeblich conservative Kundgebung eines Berliner Blattes zurückweisen und gerade angeichts dieser und ähnlicher neuer Versuche, Stimmung für den Herzog von Cumberland zu machen, sich des alten Gegensatzes voll bewußt werden: „Die Welf' — die Waiblingen“, eines unvereinbaren Gegensatzes, der sich durch die geschichtlichen Ereignisse verwandelt hat in: „Die Welf' — die Hohenzollern!“

Das Heer, der Freisinn und die Socialdemokratie.

Bei der Berathung des Nachtragsetats, welcher insbesondere eine Verstärkung der Feldartillerie in Aussicht nimmt, haben sich die Herren Richter, vom Freisinn, und Bebel, von der Socialdemokratie, wie gewöhnlich hervorgethan.

Dem ersteren ist es peinlich, daß Deutschland durch die vorgeschlagene Erhöhung in der Zahl der bespannten Geschütze einen Vorsprung vor Frankreich und Rußland gewinnen könnte. Thatsächlich freilich werden wir, wie der Kriegsminister ausführte, immer noch gegen die beiden Nachbarstaaten zurückbleiben, da insbesondere Frankreich eine sehr viel größere Zahl von Munitionswagen bespannt halten wird, als dies durch die deutsche Vorlage in Aussicht genommen ist, wenn auch die Zahl der bespannten Geschütze in Deutschland eine größere sein sollte als in Frankreich und Rußland. Ein solcher Vorsprung ist aber so wenig im Sinne des Herrn Richter, daß er sich auch darüber beklagt, daß Deutschland vor zwei Jahren seine Friedenspräsenzstärke mit Rücksicht auf die damals in Frankreich projectirte Verstärkung, welche 44 000 Mann betragen sollte, um 41 000 Mann vermehrt hat, während das damalige Project in Frankreich nur Project geblieben und mit dem Sturze Boulangers nicht verwirklicht worden sei: Frankreich habe vielmehr sein Heer nur um 18 000 Mann vermehrt, wir hätten also mit unserer Heeresverstärkung, welche 41 000 Mann betrug, ein Zubiel von 23 000. Dies kann Herr Richter so wenig verwunden, daß er allen Ernstes meint, es müsse eine Verminderung unserer Präsenzstärke, eine Auflösung der fünfzehn neuen Bataillone statt einer weiteren Verstärkung der Wehrkraft durch Vermehrung der Geschützbespannungen vorgenommen werden. Aber hiermit ist die Phantasie des Herrn Richter noch nicht erschöpft: er meint, wenn schon neue Mehrausgaben für das Heer verlangt werden, so habe doch die Regierung die Verpflichtung, dieselben anderweitig, d. h. durch Ersparung anderer Militärausgaben, zu compensiren. Welcher? Das hat er freilich nicht näher angedeutet.

Auf der gleichen Linie bewegt sich der Gedankengang des Herrn Bebel: er schaudert vor den immer neuen Rüstungen sämtlicher Staaten, vor dem fortwährenden Anziehen der „Schraube“, vor der fortwährenden Bervollkommnung der Mordinstrumente

zurück, und nun malt er sich den nächsten europäischen Krieg aus, in welchem 12—15 Millionen Menschen in das Feld rücken, aus ihrem Erwerb herausgerissen, die Völker im Blute ertränkt und Millionen Mütter, Frauen, Bräute, Schwestern ihrer Stützen beraubt sein werden. Zwar glaubt er, daß dieser Krieg der letzte sein und sich alsdann das socialdemokratische Ideal verwirklichen werde. Aber trotzdem strebt er der Verwirklichung dieses Ideals auf diesem Wege nicht zu und verlangt, daß Deutschland in diesem Rüstungswettkampf anfangen müsse aufzuhören.

Beide „Volkstreue“ wollen also die verlangte und von den militärischen Autoritäten für notwendig erklärte Verstärkung unserer Wehrkraft nicht, obwohl sie den Krieg voraussehen. Deutschland ist Herrn Richter schon militärisch zu stark gegenüber den Nachbarn, und wenn der europäische Krieg mit seinen unheilvollen Folgen kommt, so scheint Herr Bebel sich für die Verwirklichung seines Ideals am meisten davon zu versprechen, daß Deutschland unter die Füße getreten wird.

Wir haben die Anschauungen dieser Vertreter des Freisinn und der Socialdemokratie ausführlicher wiedergegeben, um Allen in Erinnerung zu bringen, was sie von der Politik des Freisinn und der Socialdemokratie zu erwarten haben. Im Grunde sind beide über einen Leisten zu schlagen; mag auch Herr Richter seine Gegnerschaft mehr mit dem Flitter technischer militärischer Details ausstatten, so kommt er doch zu demselben Ziel wie Herr Bebel: Deutschland muß aufhören, seine Wehrkraft zu vervollständigen. Das heißt aber unter den obwaltenden Verhältnissen nichts anderes, als Deutschland in eine Situation zu bringen, in der es von den Füßen der Anderen zertreten wird, es heißt nichts anderes, als Deutschland wehrlos zu machen! Diese Anschauungen sind im Grunde identisch mit dem Vorschlage einer Abrüstung, mit der Deutschland, ohne die Sicherheit der Nachfolge zu haben, beginnen soll. Die Auflösung der 15 neuen Bataillone würde vielleicht nach Herrn Richter zunächst ins Auge zu fassen sein.

Wer — so möchten wir fragen —, wer, der sein Vaterland lieb hat, möchte hierfür die Hand erheben! Wer möchte die Verantwortung dafür übernehmen, daß wir der ganzen glorreichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte wieder verlustig gehen?

Glücklicherweise stehen die Anschauungen Richters und Bebels nicht nur im Volke, sondern auch im Reichstage ganz isolirt da: Die mit der Prüfung des Nachtragssetats betraute Commission hat bereits sämtliche Forderungen bewilligt, und dasselbe wird die übergroße Mehrheit des Plenums thun, eingedenk des Dichterspruchs:

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!“

Die Eisenbahndebatte im Abgeordnetenhaus.

Mit der schnell anwachsenden Ausdehnung unseres Staatsbahnnetzes und dem gewaltigen Anschwellen des Verkehrs gewinnt in den alljährlichen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses der Eisenbahn-Stat mehr und mehr Interesse für die weitesten Volkskreise. Die Verstaatlichung unserer Eisenbahnen hat sich vorzüglich bewährt nicht nur in finanzieller Beziehung durch die bedeutenden Ueberschüsse, welche seitens der Eisenbahn-Verwaltung erzielt werden, sondern mehr noch in wirtschaftlicher Beziehung durch die einheitliche und den allseitigen Interessen Rechnung tragende Gestaltung des Personen- wie des Güterverkehrs. Auch diese, ursprünglich so hart bekämpfte Maßnahme hat sich somit zu einer solchen gestaltet, welche längst des allgemeinsten Beifalls sicher ist und heute höchstens noch von Personen beklagt wird, die ihr eigenes Interesse bei dem Bestehen der einträglichen Privatbahnen besser gewahrt fanden.

Naturgemäß giebt es wohl keinen Zweig der Verwaltung, an welchen so viele Wünsche herantreten, wie an das Eisenbahn-Ministerium, und die bedeutenden Ueberschüsse haben begreiflicher Weise eine große Zahl von Liebhabern und eine ebenso große Zahl von Vorschlägen für die Verwendung dieser Ueberschüsse hervorgerufen: Tarifiermächtigungen, Besoldungsverbesserungen, Vermehrung der Betriebsmittel, Steuererlässe, Bau von Sekundärbahnen u. Namentlich die Tarifiermächtigungen scheinen sich einer besonderen Beliebtheit zu erfreuen. Vertreter der Industriebezirke verlangen

eine Herabsetzung der Güterfrachten von dem Gesichtspunkte aus, daß die Ueberschüsse in den Einnahmen der Hauptsache nach von den Verfrachtern herrühren, also auch diesen wieder zu Gute kommen müssen. Mit gleichem Anschein von Berechtigung wird von anderer Seite die Herabsetzung der Personentaxen gefordert, die in Folge der Tarifiermächtigungen zu erwartende Vergrößerung des Verkehrs soll die Einnahme-Verminderung mehr als ausreichend ausgleichen. Die Erfahrung spricht jedoch keineswegs für diese Annahme. In Oesterreich war einmal ein solcher Versuch gemacht worden. Die Frequenz hob sich allerdings für kurze Strecken um 49 pSt., aber die Einnahme nur um 5 pSt. und der frühere Ueberschuß von 16 Millionen ging auf 13 Millionen zurück. Was die Tarifiermächtigungen für Güter anlangt, so ist solche weniger von Vertretern landwirtschaftlicher Interessentenkreise gefordert worden, so naheliegend für diese der Wunsch wohl gewesen wäre, sondern namentlich von Vertretern der Kohlen- und Eisenindustrie, welche gleichzeitig erhebliche Preissteigerungen ankündigten. Wenn nun aber die Verwaltung Eisen und Kohlen theurer bezahlen, aber billiger fahren soll, so wird sie doppelt zusehen müssen, daß das öffentliche, das allgemeine Interesse keinen Schaden leidet. Denn bei den ungeheuren Summen, die hier in Betracht kommen, fällt eine Tarifiermächtigung z. B. von nur 10 % beim Personenverkehr schon mit 20 Millionen Mark Mindereinnahme in's Gewicht. Dazu kommt, daß eine auf diese Weise künstlich erzielte Verkehrssteigerung die Ansprüche an die Beförderungsmittel in's Unendliche steigern müßte. Die Eisenbahnen sind schon jetzt mit ihren Betriebsmitteln den Anforderungen des Verkehrs kaum gewachsen, es sollen im neuen Statsjahr 50 Millionen für die Beschaffung von Locomotiven und Wagen verausgabt werden: eine Ermäßigung der Tarife würde einerseits die Ansprüche an die Betriebsmittel, andererseits die Unkosten der Eisenbahnen leicht in's Unendliche steigern. Sodann ist für die Ermäßigung der Personentaxen in Betracht zu ziehen, daß Klagen, die schon jetzt nur zu berechtigt sind, über die Entvölkerung der ländlichen Distrikte und die Uebersättigung der großen Städte noch mehr an Berechtigung gewinnen und die Staatsbahnen mithin Zustände schaffen helfen würden, welche im Interesse des Staates als wünschenswerthe nicht zu erachten sind. Gleichwohl sind im Stat Ermäßigungen im Personenverkehr in Höhe von 2 Millionen Mark, im Güterverkehr von 5 1/2 Millionen Mark vorgeesehen.

Was nun die Gehaltsverbesserungen und sonstigen Wohlfahrts-einrichtungen anlangt, so liegen seitens der Staatsbahnen, wie aus der Rede des Ministers v. Maybach vom 15. März zu entnehmen, folgende Leistungen vor: Der Stat pro 1889/90 bringt wiederum Gehaltsverbesserungen in Höhe von 1 080 000 M., welche der Minister ausdrücklich als Abschlagszahlungen bezeichnet, namentlich würden sie bei einer allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter nicht in Betracht kommen; es sind ferner 1258 etatsmäßige Stellen neu geschaffen worden, für Wohlfahrts-einrichtungen sind 2 Millionen Mark eingestellt. Der Minister sagte:

„Wir haben insbesondere für die Sonntagsruhe, für dienstfreie Zeit der Beamten und Arbeiter erhebliche Summen ausgeworfen. Das Prinzip, was ich früher hier schon ausgesprochen habe, leitet uns nach wie vor. Wir wollen den Beamten Gelegenheit geben, den Gottesdienst zu besuchen und bei den Zhrigen zuzubringen, und was wir früher nicht gethan haben, den Arbeitern ohne Abzug vom Lohn einen freien Tag im Monat zu gewähren.“

Zu Gehaltserhöhungen für die schlecht besoldeten, vom Staate übernommenen Beamten der Privatbahnen sind, um sie mit den Staatsbeamten gleichzustellen, 13 Millionen Mark erforderlich gewesen.

An sonstigen Verbesserungen des Eisenbahnwesens ist vorgeesehen, daß die Zahl der Züge vermehrt werden soll, die Züge schneller gefahren und besser ausgestattet werden sollen. Schon jetzt sind bei uns mit Ausnahme von Belgien die Einrichtungen für den Personenverkehr die billigsten und rationellsten, weitere Ermäßigungen müssen sehr vorsichtig veranschlagt werden, weil sonst unabsehbare Kosten für Aenderung der Bahnhöfe u. d. daraus erwachsen, auch können so durchgreifende Veränderungen nicht einseitig, sondern nur im Einvernehmen mit den benachbarten Bahnen, dem sogenannten deutschen Eisenbahn-Verein, in's Leben gerufen werden. Den oft angerufenen Vergleich mit den englischen Bahnen brauchen wir nicht zu scheuen. Die preußischen Bahnen fahren

am raschesten von allen auf dem Continent, und wenn die Engländer einige schneller fahrende Renommirzüge haben zwischen London und einzelnen großen Städten des Landes, Züge, die unterwegs nicht halten, so steht es dafür mit den Anschlüssen, den durchgehenden directen Wagen u. s. w. um so schlimmer und unser verwöhntes deutsches Publikum würde sich mit englischen Eisenbahneinrichtungen nicht befreunden. Ungachtet der großen Zahl der kundgegebenen Wünsche ist denn auch von keiner Seite dem Minister die Anerkennung für die Leistungen der Staatsbahnen vorzuenthalten worden.

Der Pariser Kupferring.

Die Heimath der sogenannten Ringe oder Trusts sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Trust bedeutet eigentlich Vertrauen, Credit; man versteht darunter eine geheime Vereinigung der größten Industrieunternehmungen gleicher Art zu einem riesigen Ganzen, um dem Marke für das betreffende Fabrikat die Preise zu dictiren und die Actien der verbündeten Gesellschaften in die Höhe zu treiben. Man hat in Amerika Zucker-, Baumwollen-, Stahlschienentrusts gehabt, welche die Preise dieser Erzeugnisse zeitweise enorm vertheuerten und den Actionären riesige Gewinne brachten.

Ein Versuch, diese Operation auf Europa zu übertragen, ist kürzlich elend zusammengebrochen. Der Schauplatz war Paris, das Erzeugniß, welches getrustet wurde, Kupfer. Die Pariser Gesellschaft Societé des Métaux war vor mehreren Jahren mit 25 Millionen Francs gegründet worden zum Betriebe des Großhandels mit Metallen und zur Errichtung von metallurgischen Werkstätten. Ihre mit 500 Francs eingezahlten Antheilscheine wurden an der Börse mit der Hälfte dieses Betrages gehandelt. Das Kupfer hatte im Herbst 1887 mit 38—39 Pfd. Sterl. für die englische Tonne seinen niedrigsten Stand erreicht. Da faßte die Societé des Métaux den Plan, das vorhandene Kupfer und die ersten Kupferminen der Welt in ihre Hand zu bringen und dann das Metall den Consumenten, die seiner bedürfen, zu Wucherpreisen abzugeben. Eine Reihe Banken, namentlich das Comptoir d'Escompte beteiligten sich mit den nöthigen Millionen, und der Ring begann nun, das vorhandene Kupfer aufzukaufen, die größten Kupferminen der Welt zur alleinigen Ablieferung ihrer Ausbeute an den Ring zu verpflichten und sich so vieler Aktien der Kupferminengesellschaft zu bemächtigen, als er habhaft werden konnte.

Als Alles vorbereitet war, begann die Hezjagd an der Börse. Die Actien einzelner Kupferminengesellschaften, die ganz oder zum Theil in den Besitz des Ringes übergegangen waren, wurden um das Doppelte und Dreifache ihres früheren Standes in die Höhe getrieben. Die Gewerbe, die Kupfer bedurften, mußten jetzt 80 und mehr Pfund für die englische Tonne bezahlen, während es ohne den Ring allenfalls für 40 Pfund zu haben gewesen wäre. Die lauten Proteste der Gewerbetreibenden und Consumenten wurden mit dem chauvinistischen Hinweis zu ertöden gesucht, daß man froh sein solle, den Weltmarkt des Kupfers von London nach Paris verlegt zu sehen.

Es dauerte fast ein Jahr lang, bis die Kupferlast den Ring erdrückte. Auf der einen Seite beschränkten die Consumenten den Bedarf von Kupfer nach Möglichkeit, d. h. die Nachfrage sank, auf der andern Seite steigerte sich die Production ins Ungemessene, da auch solche Minen, die bei den früheren niedrigen Preisen nicht mehr arbeiten konnten, den Betrieb wieder aufnahmen und neue sich erschlossen. Die Bestände des Ringes an Kupfer häuften sich somit an, und es blieben große Mengen unverkäuflich. So zerfiel die Monstre-Genossenschaft, nachdem Riesengewinne gemacht worden waren, an der Gewalt der Thatfachen, und das Comptoir d'Escompte bedarf allein eines Vorschusses von 100 Millionen Francs, um sich über Wasser zu erhalten.

Ein freisinniges Blatt nennt den Kupferring eine der frechtsten Räubereien die, jemals im Lichte der Deffentlichkeit verübt worden seien. Der Ausdruck ist stark, aber nicht ungerechtfertigt. Solche Ringe und Trusts sind der höchste Gipfel des freien Spiels der Kräfte, in welchem die Millionen der Börse auf Kosten des allgemeinen Wohles zur Bereicherung einiger Weniger Gesezt dictiren. Zum Glück haben wir ähnliche Erscheinungen in Deutschland noch nicht erlebt und werden sie auch nicht erleben. Ein von rechtem socialen Geiste erfüllter Staat kann sie nicht dulden.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Strafanstaltsarbeit.

Wiederholt haben Arbeitsunternehmer in Strafanstalten Bekanntmachungen erlassen, in denen sie ihre Fabrikate unter ausdrücklicher Bezeichnung als Strafanstaltsarbeit als besonders billig zum Kauf anboten. Derartige Bekanntmachungen erregen in den beteiligten Handwerkerkreisen Erbitterung und tragen dazu bei, im Publikum die Vorurtheile gegen die Gefängnisarbeit zu steigern. Um diesen nachtheiligen Folgen entgegenzuwirken, soll zukünftig in die Contrakte über die Verdingung von Strafanstaltsarbeiten jedesmal der Nichterlaß von derartigen Bekanntmachungen als Bedingung aufgenommen werden; auch schon jetzt soll in geeigneter Weise dahin zu wirken versucht werden, daß die Unternehmer, mit denen solche Verträge bereits abgeschlossen sind, sich nicht fernerweit bei ihren Anzeigen der Bezeichnung als Strafanstaltsmagazine pp. bedienen. Unternehmer, welche dem zuwider handeln, werden in den dem Ministerium des Innern unterstellten Anstalten von der Zulassung zur Arbeit in Zukunft unbedingt ausgeschlossen werden.

Die Einberufung

des Communalalltages des Regierungsbezirks Wiesbaden ist zum 2. April d. Js. nach der Stadt Wiesbaden in Aussicht genommen.

Landesherrliche Genehmigungen.

Der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Berlin ist zur Annahme der ihr Seitens des Kommerzienraths Wilhelm Borchert gemachten Zuwendung von 15 000 Mark und dem Kreise Wittgenstein zur Annahme der Zuwendung, welche ihm der Krankenhaus-Verein zu Berleburg mit seinem rund 18 600 Mark betragenden Vermögen behufs Erbauung und Unterhaltung eines Krankenhauses in Berleburg geschenktweise gemacht hat, die landesherrliche Genehmigung erteilt worden.

Lotterie.

Dem Vorstande des Vaterländischen Frauen-Hilfsvereins vom rothen Kreuz zu Hamburg ist die Erlaubniß erteilt worden, zu der mit Genehmigung des dortigen Senates zum Besten der Erbauung eines Schwesterhauses zu veranstaltenden Auspielung von Silberfachen auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar im ganzen Bereiche desselben, Loose zu vertreiben.

Politische Tagesfragen.

Der Kaiser und die Handwerker.

Die „Bäckerzeitung“ berichtet jetzt Ausführlicheres über den Empfang der Vertreter des Handwerks beim Kaiser am 1. März. Wie bekannt hat der Ausschuß der Innungsverbände dem Kaiser eine Glückwunschsadresse überreicht, nach deren Verlesung der Kaiser, wie die „Bäcker-Ztg.“ berichtet, Folgendes erwiderte:

„Meine Herren, Ich danke Ihnen für die soeben und in der Adresse ausgesprochenen Worte und freue mich, daß es Mir endlich gelungen ist, auch mit dem Handwerkerstande in nähere Berührung zu treten, was Mir bis jetzt leider nicht möglich war. Wenn der Handwerkerstand in Folge der großen Ereignisse, welche durch das Hinscheiden Meines Großvaters und Vaters sich vollzogen haben, bangend in die Zukunft schaute, so war es, wie Sie treffend hervorgehoben haben, Meine erste Aufgabe, das Erbe Meines Großvaters anzutreten und Meinen Landen den Frieden zu erhalten. Ich freue mich, daß Sie Mich so schön verstanden haben, zu welchem Zwecke Ich Meine große Reise unternommen. Es ist richtig, Ich hatte dieselbe unternommen zur Erhaltung und Sicherung des Friedens. Es ist ein Anderes, wenn ein 90jähriger Mann die Regierung leitet, wie mein seliger Großvater, welcher ein thaten- und erfolgreiches Leben hinter sich hatte; er war der Älteste unter den Collegen, Sein Wort und Sein Rath wurden gesucht und man that Ihm viel zu Liebe. Nun komme Ich als 29jähriger Mann, niemand kannte mich, Ich mußte mir erst das Vertrauen meiner Collegen erringen, Ich glaube aber, daß Mir mit Gottes Hülfe die Erhaltung des Friedens auf lange Jahre hinaus gelungen ist, denn, worauf Sie ebenfalls hingewiesen, nur im Frieden kann auch das Handwerk gedeihen. Darum üben wir, wie Sie in der Adresse ausgeführt haben, Gottesfurcht, bleiben wir einfach und arbeiten wir fleißig, dann werden wir auch zu den gewünschten Zielen gelangen. — Das deutsche Handwerk muß Meiner Ansicht nach wieder auf die Höhe kommen, wo es vor dem dreißigjährigen Kriege stand. Ich habe bereits im Auslande erfahren, daß dasselbe sich bedeutend gehoben hat und jetzt obenan steht. Dieses habe Ich auch aus der Statistik bestätigt gefunden. Nach Ihren Worten in der Adresse verdanken Sie meinem Großvater diesen großen Fortschritt; Ich versichere Ihnen, daß Ich und Meine Regierung dem Handwerk im Sinne Meines Großvaters stets schützend zur Seite stehen werden. Ihnen, als den Vertretern der deutschen Innungsverbände muß Ich sagen, die Ein-

richtung der Verbände und des Central-Ausschusses sind eine schöne Sache, insofern als zum Gedeihen des Handwerks durch sie Gottesfurcht und Sittlichkeit gepflegt werden. Ich danke Ihnen nochmals für die Mir ausgesprochenen Glückwünsche und bitte Sie, diesen Meinen Dank Ihren Auftraggebern zu übermitteln."

Unter Vorsitz des Kaisers

fand am Montag Nachmittag im Berliner Schlosse ein Minister-Conseil statt.

Marine-Infanterie.

Eine im Marine-Berordnungsblatt publicirte kaiserliche Ordre bestimmt, daß an Stelle der beiden Halbbataillone des Seebataillons zwei Bataillone errichtet werden, von denen das erste in Kiel, das zweite in Wilhelmshaven garnisonirt. Dieselben tragen als Unterscheidungszeichen eine I bezw. II unter dem Anker auf den Achselklappen. Beide Bataillone werden einer in Kiel zu errichtenden Inspektion der Marine-Infanterie unterstellt.

Die Berliner „Volkzeitung“.

welche am 1. März, am Todestage des hochseligen Kaisers Wilhelm einen das Andenken desselben in niedriger Weise beschimpfenden Artikel veröffentlicht hatte und deshalb mit Beschlag belegt worden war, hat am 18. März wiederum einen Artikel gebracht, welcher das Verbot der Nummer auf Grund des Sozialistengesetzes und gleichzeitig das Verbot des ferneren Erscheinens der genannten Zeitung zur Folge hatte. Auch ein neues Blatt, welches unter dem Titel „Arbeitsmarkt“ erscheinen sollte, ist als Fortsetzung der „Volkzeitung“ verboten worden.

Eine internationale Konferenz über die Fabrikgesetzgebung

ist von dem Schweizer Bundesrath in Anregung gebracht worden. Sie ist für den September in Aussicht genommen; alle europäischen Industriestaaten sollen Einladungen erhalten. Man will Folgendes vorschlagen: 1. Verbot der Sonntagsarbeit, 2. Festsetzung einer Minimal-Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zu fabrikmäßigen Betrieben, 3. Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages für jugendliche Arbeiter, 4. Verbot der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen überhaupt in besonders gesundheitsgefährlichen und gefährlichen Betrieben, 5. Beschränkung der Nacharbeit für jugendliche und für weibliche Personen und 6. Ausführung der Art und Weise der mit den einzelnen Ländern abgeschlossenen Verträge.

„Wieder ein Kartellbruder auf der Strecke“

ruft höhrend und triumphirend die „Freisinnige Zeitung“ aus. Bei der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Celle-Gifhorn ist nämlich der Welfe Deeken-Rutenstein gewählt worden unter Beihilfe der Freisinnigen und Socialdemokraten! Der Welfe hat 11 652, der nationalliberale Otte 8763 Stimmen erhalten. Diese Niederlage der Nationalliberalen möge als bringende Mahnung für die Kartellparteien wirken, einig zu bleiben und alle ihre Kräfte zusammenzuraffen, um bei den nächsten Reichstagswahlen den antinationalen Parteien eine entscheidende Niederlage beizubringen.

Das Institut der Rentengüter,

welches in dem Ansiedelungsgesetz für Posen und Westpreußen für die Ansiedelungsbezirke eingeführt wurde, soll nun für ganz Preußen zugelassen werden. So will es wenigstens ein Antrag der Kartellparteien im Abgeordnetenhaus, der nicht weniger als 198 Unterschriften trägt.

Der Commissionsbericht für das Genossenschaftsgesetz

ist fertiggestellt. Auch die Commission für die Altersversicherung hat mit der zweiten Lesung ihre Aufgabe erledigt. Der Bericht ist jedoch noch in der Arbeit.

Parcellirung.

Im Kreise Ploen beabsichtigt ein Gutsbesitzer (Sloman in Hamburg) die Dörfer des Guts zu parcelliren. Es sind bereits 8 Stellen mit einem Flächeninhalt von je 35 bis 41 ha für einen Kaufpreis von je 27 000 bis 32 000 Mark veräußert. In erster Linie werden die bisherigen Pächter berücksichtigt. Die Zahlungsbedingungen sind günstig.

Landwirthschaftliches.

Die vorjährige Ernte kommt in Schleswig-Holstein fast in keiner Kornart einer Mittelernte gleich, der geringe Ausfall wird auch durch die besseren Kornpreise nicht ausgeglichen. Löhnend dagegen gestaltete sich die Viehausfuhr nach England während des letzten Jahres. Das Magervieh war billig, die Weidepachtpreise überstiegen

nicht oder nur um ein geringes die des Vorjahres, der Graswuchs übertraf alle Erwartungen, und trotz der anhaltenden nassen Witterung geht die Viehausfuhr nach England vorzüglich. Bei günstigeren Preisen hat die Viehausfuhr nach England zugenommen. Im Ganzen sind während der Zeit vom 5. Juli bis 22. November v. J. 14 542 Stück Hornvieh und 48 024 Schafe und Lämmer von Tönning nach England ausgeführt gegen 10 136 Stück Hornvieh und 48 104 Stück Schafvieh im Jahre 1887. Den Husumer Fettviehmärkten waren etwa 36 000 Stück Hornvieh und etwa 34 000 Stück Schafe zugeführt worden. Davon gingen etwa 4300 Stück Hornvieh und 21 000 Schafe und Lämmer über Tönning nach England und etwa 19 000 Stück Hornvieh nach den südlich gelegenen deutschen Plätzen, wo die Preise gleichfalls sich gehoben hatten.

Holzwohle.

Man schreibt uns aus Frankfurt a. D.: Auf Veranlassung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sind, unter Zuziehung eines forsttechnischen Mitgliedes der hiesigen Regierung, bei dem hier garnisonirenden 2. Brandenburgischen Dragoner-Regimente Nr. 12 Versuche angestellt, ob die Verwendung der sogenannten Holzwohle, zu deren Herstellung geringwerthige Kiefern- (Durchforstungs-) Hölzer genügen, als Streumittel empfohlen werden kann. Zu einem vollständigen Ersatz des Strohes als Streu scheint sich die Holzwohle indess nicht zu eignen.

Der Reichskommissar Hauptmann Wismann

ist am Montag von Kairo nach Aken abgereist. Er hat in Kairo drei Kompagnien Subanen, aus ehemaligen Angehörigen der ägyptischen Armee, zu je 125 Mann angeworben, welche demnächst nach Sansibar abgehen.

König Milan von Serbien

hatte, wie jetzt von Belgrad aus bekannt wird, von der Absicht seiner Abdankung unserm Kaiser sowie dem Kaiser von Oesterreich Mittheilung gemacht. Beide Monarchen widerriethen ihm dringend den beabsichtigten Schritt. Der Brief unseres Kaisers umfaßt sieben Seiten und bewegt sich sehr herzlich in brüderlicher Anrede mit „Du“. Der Kaiser bezeichnete das Ausharren als eine Pflicht, die in erhöhtem Maße denen gelte, welche an der Spitze des Staatswesens stehen. So habe auch sein Vater, Kaiser Friedrich, inmitten seiner Leiden, den Tod vor Augen, ausgeharrt. Schließlich wies der Kaiser auf die von König Milan errungenen Erfolge hin. Letzterer erklärte seinen Ministern, daß dieses Lob der schönste Erfolg seines Lebens sei, doch vermöge er seinen Entschluß nicht zu ändern.

Vom Hofe.

Berlin, 19. März 1889.

Unser Kaiser empfing gestern den Kultusminister von Gokler, welcher dem erlauchten Monarchen die Dombau-Entwürfe des Professors Raschdorf vorlegte, und entsprach Abends einer Einladung des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld-Rösering.

Der Großherzog von Baden stattete heute dem Reichskanzler Fürsten Bismarck in dessen Palais einen längeren Besuch ab.

Personalien.

Aus der allgemeinen Verwaltung und aus der Verwaltung des Innern.

Dem Kreis-Deputirten, Rittergutsbesitzer von Pestel ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Melle, Reg.-Bezirk Osnabrück, übertragen worden.

Dem Landrath von Wegnern zu Hünfeld, Reg.-Bezirk Cassel, ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Oschersleben, Reg.-Bezirk Magdeburg, übertragen worden.

Die Regierungs-Assessoren von Bonin und Dr. Rasch zu Schleswig sind mit der kommissarischen Verwaltung der Landrathsämter zu Apenrade und bezw. Flensburg beauftragt worden.

Die Regierungs-Assessoren Schmidt zu Danzig, Frischbier zu Berlin, Holle zu Hörter, Beck zu Thorn, Koelmann zu Bückeburg, Wolff zu Posen, Heinke zu Marienwerder, Willebeck zu Sameln, Gaede zu Mienburg, Altwasser zu Breslau und Ernst zu Posen, sind zu Regierungsräthen ernannt worden.

Der bisher bei der königlichen Direction für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin beschäftigte Regierungs-Assessor Schuster ist an die königliche Regierung zu Coblenz versetzt worden.